



vpod ostschweiz

März 2003
erscheint 4x jährlich
Redaktionsschluss für Nr.1/03
1. Juli 2003

An dieser Ausgabe haben
mitgearbeitet:

Thomas Greusing
Maria Huber
Peter Hartmann

Gestaltung: www.allerart.ch
Titelfoto: Interfoto

AZB 9000 St.Gallen

Retouren: VPOD Sekretariat, Hintere Poststr. 18, 9000

Die Rückseite

Nein zum Ladenschluss- und Ruhetagsgesetz

NEIN zum Ladenschluss- und Ruhetagsgesetz LRG
Vor etwas mehr als 6 Jahren lehnten die St.Galler StimmbürgerInnen eine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten mit fast 65% Nein-Stimmen ab. Auf Druck der Liberalisierer und der Erdölvereinigung (wegen der Tankstellen-Shops) wurde ein neuer Anlauf gestartet. In der Diskussion im St.Galler Kantonsrat wurden alle Anträge für den Schutz der Verkäuferinnen abgelehnt! Die allgemeinen Öffnungszeiten sollen massiv erweitert werden und Tankstellenshops dürften bis 01.00 offen halten.

Aus gewerkschaftlicher, ökonomischer wie auch aus gesellschaftspolitischer Sicht sind so massiv erweiterte Ladenöffnungszeiten klar abzulehnen.

Am 18. Mai 2003: NEIN zum Ladenschluss- und Ruhetagsgesetz LRG!

**Abstimmung vom 18. Mai 2003:
So einfach war es noch nie!
Sagen wir JA zu allen
eidgenössischen Vorlagen!**

offene Stelle: Gesucht Praktikantin oder Praktikant

vpod - Sekretariat sucht auf
September 2003:

eine Praktikantin oder einen Praktikanten

für 1 Semester oder 1 Jahr

Unser/e PraktikantIn erledigt folgende
Aufgaben:

- Administrative Tätigkeiten
- Mithilfe bei Versänden
- Telefondienst
- Mithilfe bei der Organisation von Anlässen

Du arbeitest jeweils morgens. Die restliche
Zeit steht für anderes zur Verfügung. Der Lohn
richtet sich nach den kantonalen Ansätzen.
Interessiert? Die jetzige Praktikantin gibt gerne
Auskunft: 071 223 80 43
Bewerbungen bis Ende Mai 2002 an
vpod ostschweiz, Hintere Poststr. 18,
9000 St.Gallen

Unterdeckung der Pensionskassen: Was ich darüber wissen sollte.

Beim vpod-Sekretariat ist eine kleine Broschüre als
„Ratgeber zur Pensionskasse“ erhältlich. Sie gibt
Antworten auf derzeit drängende Fragen zu Ursache
und Wirkungen der aktuellen Unterdeckung bei Pen-
sionskassen.

**Bestellung via Mail: (vpod.ost@bluewin.ch) oder
Telefon (071 223 80 43) im vpod-Sekretariat.**

26. April 2003 Papiersammlung Sektion Arbon
28. April 2003 HV Sektion Frauenfeld
23. Mai 2003 HV der Gruppe Lehrberufe

Pensioniertentreffen:
18. Juni Thurgau
August 2003 St. Gallen, Appenzell

Weitere wichtige Termine:
6-8. November vpod Kongress in Montreux
InteressentInnen melden sich beim vpod Sekretariat

Termine

vpod ostschweiz

Nr. 1
März 2003
Erscheint
vierteljährlich

Redaktion:
Sekretariat VPOD
Hintere Poststr. 18
9000 St.Gallen

Tel: 071 / 223 80 43
Fax: 071 / 223 80 65
vpod.ost@bluewin.ch

Fokus Regionalinfo der VPOD - Sektion Ostschweiz



Erfolg für vpod und Musiklehrkräfte Appenzell !

Musikschule Appenzeller Vorderland: Löhne werden nachgezahlt!

Nach massivem Druck der Ausserrhoder
Lehrkräfte passte der Kantonsrat im April
2001 die Löhne aufs Schuljahr 2001/02 dem
St. Galler Niveau an. Die Musiklehrkräfte
der MSAV rechneten in der Folge mit der
gleichen Anpassung ihrer Löhne. Sie stützten
sich dabei auf ihr Personalreglement, welches
die Anbindung der Löhne an die Volksschule
vorschreibt.

Nachdem im August 2001 die Schulkom-
mission die Löhne nicht anpasste, reagierten die Lehrkräfte mit einem
Protestschreiben. Sie machten die Schulkommission darauf aufmerksam,
dass sie nach dem aktuellen Personalreglement Anspruch auf die Lohner-
höhung haben. Die Schulkommission weigerte sich, diesen zu erfüllen.
Nach dieser ablehnenden Haltung setzte sich der Lehrervertreter Heinz
Dübendorfer mit seinem Anwalt für die Lohnnachzahlungen ein. Weil er
sich zu intensiv und persönlich für die Belange der Lehrkräfte eingesetzt
hatte, wurde ihm von der Schulkommission nahegelegt, als Lehrervertreter
zurückzutreten und sein Amt zur Verfügung zu stellen. Die Lehrkräfte
wehrten sich gegen diese Arroganz und als Unterstützung des Lehrerver-
treters wurde der „Runde Tisch“ gegründet. Die gewählten Mitglieder
erhielten von den Lehrkräften das Mandat, die Anliegen der Lehrkräfte
in der Frage der Lohnnachzahlungen gegenüber der Schulkommission zu
vertreten. Der vpod unterstützt aktiv mit Maria Huber, Regionalsekretä-
rin, den „Runden Tisch“.

Die Arbeit des „Runden Tisches“ gestaltete sich nicht einfach, der Präsident
der Schulkommission und des Zweckverbandes, Johannes Rieder, zeigte
sich in keiner Weise bereit, die Forderungen der Lehrkräfte zu erfüllen.
In der Zwischenzeit wurde über ein neues Personalreglement diskutiert.
Der Präsident verfolgte das Ziel, die Anstellungsbedingungen sowie die
Besoldung nicht zu verbessern, sondern zu verschlechtern. Als Grund-
lage diente das an der Musikschule Appenzeller Mittelland (MSAM)
breit diskutierte Reglement. Die Lehrkräfte an der MSAV konnten sich
jedoch nur kurz vor den Sommerferien 2002 dazu äussern. Sie lehnten
die vorgeschlagene Variante ab und sprachen sich einstimmig für die der
MSAM aus. Der Präsident zeigte sich unbeeindruckt und legte an der GV

des Zweckverbandes seine Version vor. Weiter war er nur auf Druck
der Schulkommission bereit, einen Betrag für Lohnnachzahlungen
ins Budget aufzunehmen.

Der „Runde Tisch“ informierte deshalb die Verbandsmitglieder
schriftlich und mündlich über Vorgeschichte und Anliegen der Lehr-
kräfte.

Die DV im November 2002 verlief absolut chaotisch. Johannes
Rieder versuchte trotz Kritik aus den Reihen der Delegierten seine
Anträge durchzubringen. Das Budget und die Rechnung sowie das
neue Personalreglement wurden zurückgewiesen und der neuen
Schulkommission zur Überarbeitung übergeben. Einzig der Kredit
von Fr. 70'000.- für eine Teilnachzahlung wurde bewilligt. Diese
wurden Ende Dezember 2002 ausbezahlt.

Der neue Präsident Erich Pfister wurde beauftragt, bis im März
2003 eine bereinigte Rechnung und ein Budget vorzulegen, das
Personalreglement zu überarbeiten und die Frage der Lohnnach-
zahlung zu klären. Die Lehrkräfte waren mit dem Ergebnis der DV
nicht zufrieden. Nach eineinhalb Jahren immer noch kein Ergebnis.
Dem „Runden Tisch“ stand eine weitere harte Phase bevor. Mit dem
neuen Präsident und der neuen Schulkommission (auch sie wurde
vollständig ausgewechselt) wurde über die Lohnnachzahlungen und
das neue Reglement verhandelt. Beim Reglement einigten sich beide
Parteien, doch bei den Lohnnachzahlungen nicht. Der „Runde Tisch“
beharrte auf die Nachzahlungen von drei Semestern und bot dafür
als Kompromiss die rückwirkende Inkraftsetzung auf den 1. Februar
2003 an.

Die Schulkommission beantragt an der ausserordentlichen DV vom
20. März 2003, keine weiteren Lohnnachzahlungen zu tätigen. Die
ausbezählten Fr. 70'000.- entsprechen den Nachzahlungen von 2 Se-
mestern. Das neue Reglement wird rückwirkend auf den 1. Februar
2003 in Kraft gesetzt.

Die DV hat sich wieder erwarten am 20. März 2003 für die Rückzah-
lung der Löhne bis Ende 2002 entschieden. Der Antrag wurde von
der Schulgemeinde Grub SG gestellt und fand eine breite Unterstüt-
zung. Die Delegierten wollten endlich einen Schlussstrich ziehen und
sich von den Altlasten aus der Ära Johannes Rieder befreien.

Jahresbericht: Erfreuliche Bilanz des vpod ostschweiz



Thomas Greusing
Co-Präsident
vpod-ostschweiz

Bewegungsführung

Rückblickend war das vergangene Jahr für den VPOD ein erfolgreiches Jahr.

Auf nationaler Ebene gab der Sieg der Gewerkschaften in der EMG Abstimmung den heute nötigen Rückenwind und war ein unübersehbares Signal, dass die Gewerkschaften, trotz aller Mängel ernst zu nehmen sind. Mit dieser Abstimmung wurde gleich auch das Projekt Privatisierung der Stadtwerke St. Gallen begraben.

Gerichtsprozesse immer häufiger

Verschiedene Konflikte werden auf juristischem Parkett weitergefochten, so die Klage gegen die Pensionskassenräuberei des Kantons St. Gallen. Auf die Schiene gebracht wurde eine Gleichstellungsklage für das Gesundheitspersonal im Kanton St. Gallen.

Solche Prozesse werden immer wichtigere Instrumente zur aktiven Interessenvertretung unserer Mitglieder. Wenn sie auch immer viel Geld kosten, den Mitgliedern aber auch viel Geld bringen, wenn die Klagen vom Gericht gestützt werden. Sie bringen natürlich auch viel Ärger bei den Behörden, aber das gehört zum Metier.

Der VPOD gewinnt zunehmend an Gewicht auch in den kantonalen Lohnverhandlungen, sichtbar v.a. im Kanton Appenzell. Unsere Medienpräsenz ist nach wie vor gut. Das haben wir dem professionellen Regionalsekretariat und den aktiven Mitgliedern zu verdanken. Eine eigene Homepage ist „in construction“.

Auswertung der 3 Jahre Region.

Klar bewährt hat sich das Regionalsekretariat, das auf 3 Personen ausgebaut werden konnte. Optimierungsmöglichkeiten im Kontakt Sekretariat-Sektionen-Gruppen sind geortet. Zunehmend schwieriger wird die Besetzung von Vorstandsmandaten. Ideen für eine schlankere Führung sind vorhanden und werden weiterverfolgt. Die Aktivitäten der Sektionen sollen vermehrt unterstützt werden.

Eine Flurbereinigung im Gebiet Thurgau hat zum grossen Teil stattgefunden. Die Mitgliederentwicklung der gesamten Region zeigt wieder klar aufwärts, ebenso die Finanzsituation. Jahresziele sollen an der Delegiertenversammlung definiert werden, wo sinnvoll, flankiert mit Projekten.

Personelles

Die Personalsituation auf dem Regionalsekretariat ist stabil. Die PraktikantInnenstelle hat sich bewährt. Die erste Praktikantin Kathrin Hartmann hat die Praktikumszeit bereits hinter sich. Als Nachfolgerin konnten wir Eva Gubser gewinnen.

Zum Schluss ein Dank an alle, die die Gewerkschaftsarbeit aktiv oder passiv mitgetragen haben. Nur gemeinsam und mit einer Kultur der Vielfalt auch in den Beiträgen können wir stark bleiben. T.G

Mitgliederentwicklung: Die Region kann auf ein erfolgreiches 2002 zurückblicken. Mit dem kollektiven Beitritt der Musiklehrkräfte Appenzell MLA und vielen Beitritten, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich sowie den Lehrberufen, konnte die Mitgliederzahl erstmals auf über 1'000 gehoben werden!

Finanzen: Ein solides Finanzgebaren der Region und die Bereitschaft der Sektion St.Gallen, Liquiditätsengpässe mit einem Darlehen zu überbrücken, ermöglichten es, dass die Region bereits nach drei Jahren auf eigenen Beinen stehen kann. Die Basis ist zwar noch wacklig, aber die reicht aus, dass die Liquidität gesichert ist. Per Ende 2002 beträgt das Polster etwas mehr als Fr. 14'000.-. Für das Jahr 2003 ist wiederum mindestens ein ausgeglichenes Budget vorgesehen.

Feststellungsklage Gesundheitspersonal

Immer häufiger: Gleichheitsklagen auf gerichtlichem Weg.

lohnmassiger Gleichstellung mit den Polizisten und nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen machtvoll vor. Mit dem Entscheid des Kantonsrates im November 2001, die Löhne des Gesundheitspersonals um eine Besoldungsklasse zu erhöhen, blieb eine lohnmassige Differenz zu den Einreihungen der Polizisten. In der Folge bereiteten die Verbände der Gesundheitsberufe eine Klage nach dem Gleichstellungsgesetz vor. Insbesondere die Pflege konnte auf eine Funktionsanalyse aus dem Kanton Zürich zurückgreifen. Sie war die Grundlage des Entscheides des Verwaltungsgerichtes, der dem Pflegepersonal starke Verbesserungen und die Angleichung an die Polizisten brachte.

Nachdem die Basis des vpod und des SBK den Klageweg unterstützte, wurden die Vorbereitungsarbeiten eingeleitet. Im November 2002 lud die Rechtsvertreterin im Namen der drei Berufsgruppen (Pflege, Hebammen, MTRA), die begründet darlegten, dass ihre Lohneinstufung diskriminierend sei, die Regierung zur Stellungnahme ein. Die Regierung reagierte im Februar 2003 ablehnend, bot jedoch an, dass in sozialpartnerschaftlicher Vorgehensweise mit einer Funktionsanalyse die Einstufungen der Gesundheitsberufe überprüft werden könnten.

In der Zwischenzeit formulierten die Vertretungen der Gesundheitsberufe die Rahmenbedingungen bei einer sozialpartnerschaftlichen Vorgehensweise. Besonders zu nennen sind hier die gemeinsame Benennung der Fachexpertin, die Kostenfrage, die Verbindlichkeit der Ergebnisse und der zeitliche Rahmen. In den kommenden Wochen wird entschieden, ob die Feststellungsklage nach dem Gleichstellungsgesetz eingereicht oder ob der sozialpartnerschaftliche Weg beschritten wird.

Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz des vpod im Kanton St.Gallen

Beispiel 1: Lehrkräfte für Stütz- und Deutschunterricht: Namens der Lehrkräfte für Stütz- und Deutschunterricht strengte der vpod eine Feststellungsklage nach dem Gleichstellungsgesetz an. In der Folge wurde auf politischer Ebene entschieden, die lohnmassige Schlechterstellung dieser Fachlehrkräfte zu stoppen.

Beispiel 2: Schulische HeilpädagogInnen und Fachlehrkräfte der Sonderpädagogik: Auch hier konnte auf politischem Wege eine befriedigende Lösung erreicht werden. (siehe Artikel)

Das Gleichstellungsgesetz sieht zwei Möglichkeiten zur Aufhebung einer vermuteten Lohndiskriminierung vor:

Leistungsklage

Einzelpersonen belegen die vermutete Lohndiskriminierung. Sie klagen die Differenz zum nichtdiskriminierenden Lohn ein. Die Lohnzahlung kann bis max. 5 Jahre zurück eingefordert werden.

Feststellungsklage

Hier werden Berufsverbände und Gewerkschaften aktiv. Sie verlangen, dass die vermutete Diskriminierung einer Berufsgruppe festgestellt wird. Bevor das Gericht angerufen werden kann, muss der Arbeitgeber zur Stellungnahme eingeladen werden. Stellt das Gericht eine geschlechterspezifische Lohndiskriminierung fest, muss anschliessend über die neuen Lohneinstufungen verhandelt werden.

Wer hat es nicht in Erinnerung: Am 14. November 2001 ging das Gesundheitspersonal auf die Strasse. Es brachte die Forderung nach

Sparpaket 04 keine rosigen Aussichten im Kanton St.Gallen

Warm anziehen oder im Herbst auf die Strasse gehen.

bedeutet, wissen viele Angestellte des Staates ganz genau. Sie haben dies in den Sparrunden 1992 und ab 1997 erfahren: Stillstand, Rückschritte und sinnlose Sparübungen, kurz: In die Köpfe der verantwortlichen Personen wurden Sparscheren eingepflanzt. Betrachtet man die Sparbeschlüsse im Rückblick, so kann festgestellt werden, dass unterdessen verschiedene wieder aufgehoben, von neuen Entwicklungen überrollt oder gar nicht richtig umgesetzt wurden. So krebste der Kantonsrat zurück und reduzierte die Klassengrösse wieder auf maximal 24 SchülerInnen, die Sparübungen im Gesundheitsbereich, die eine Reduktion um 14 Mio. Franken (!) vorsahen, sind kläglich versandet und am konsequenten Widerstand des vpod scheiterte die Privatisierung des Reinigungsdienstes der kantonalen Liegenschaften. Dies sind nur einzelne Beispiele aus einer Palette von unsinnigen Sparmassnahmen, die durch die bürgerliche Mehrheit im St.Galler Kantonsrat beschlossen wurden.

Im Herbst geht es im Kantonsrat also wieder ums Sparen bei den Anderen. Zur Diskussion wird sicher auch die Lohnentwicklung bei den Staatsangestellten stehen. Auf diese kommt eine Nagelprobe zu: Ducken und warm anziehen oder auf die Strasse gehen!

Folgt wieder ein kämpferischer Herbst 2003 ?



Der Staatshaushalt im Kanton St.Gallen habe ein strukturelles Defizit, sagen FDP, CVP und SVP. Es muss deshalb einschneidend gespart werden. Was dies

Quer durch die Ostschweiz

Lohngleichheit für die schulischen HeilpädagogInnen, LogopädInnen, Psy- chomotorikerInnen und Rhythmiklehr- kräfte

1997 hat der Kantonsrat die Angleichung der Löhne der Reallehrkräfte an die der Sekundarlehrkräfte beschlossen. Nicht berücksichtigt wurden dabei die HeilpädagogInnen, LogopädInnen, die Psychomotorik- und Rhythmiklehrerinnen, die bis zu diesem Zeitpunkt den Reallehrkräften gleichgestellt waren. Sachlich war man sich über eine Gleichbehandlung einig, aus finanzpolitischen Überlegungen lehnte der Kantonsrat diese jedoch ab. Nach jahrelangen zähen Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern (vpod, KLV, Berufsverbänden und dem Erziehungsdepartement) und unter dem Druck der Einleitung einer Feststellungsklage nach dem Gleichstellungsgesetz wurde im Februar 2003 im Kantonsrat die schon lange fällige Gleichstellung beschlossen.

Bildung St.Gallen: Sparängste ver- zögern notwendige Anpassungen im ED

Volksschule Aussprache vom 10. Februar 2003

Versuch Basisstufe: Weiterhin besteht eine grosse Skepsis gegenüber dem Schulversuch. Gründe sind die schlechten Rahmenbedingungen für die Schulgemeinden (Kosten) und die unklare Aufteilung der Pensen von 150%,

sowie keine Zeitgefässe für den zusätzlichen Aufwand. DBO Berufsschule: Ziel: Vereinheitlichung der Löhne der Gewerbeschule und des KV mit der Mittelschule. Es bestehen vor allem grosse Unterschiede zwischen den Lehrkräften der Gewerbeschule und des KV. Entscheide sind erst nach Abschluss der Rechnung 2002 zu erwarten. Die Kantonalisierung der Berufsschulen hat viel mehr gekostet als budgetiert.

Lohnerhöhungen: Eine Realerhöhung für 2003 ist im Hinblick auf die schlechte Finanzlage nicht zu erwarten. Wenn eine materielle Verbesserung möglich ist, dann für eine Zulage für die Klassenverantwortung. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus vpod, KLV und Amt für Volksschule, hat am 5. März über die Ausgestaltung einer solchen Zulage diskutiert. Sie schlägt vor, 1 Wochenlektion als Entlastung oder als Funktionszulage auszurichten. Die Entlastung oder Funktionszulage kann max. auf zwei Lehrkräfte aufgeteilt werden. Die Aufteilung liegt in der Verantwortung des Schulrates oder der Schulleitung. Definiert werden muss noch, wer Anspruch auf diese Zulage hat.

Spesenreglement: Die Revision des Staatspersonals wurde auf Eis gelegt. Für die Lehrkräfte wird festgestellt, dass ein Teil der Schulgemeinden die Spesenverordnung nicht anwendet. Die Schulgemeinden werden im nächsten Schreiben des Amtes für Schulgemeinden daran erinnert. Es sollen aber die Spesenansätze bei den Weiterbildungskursen überprüft werden.

Mittelschule

Immer noch ausstehend ist der versprochene Sozialplan für die auslaufenden Seminare. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass es Lehrkräfte gibt, die ihre Stelle verlieren werden oder mit einem stark reduzierten Pensum weiterarbeiten müssen. Der vpod hat auf die beschönigende Medienmitteilung anfangs März mit einem Schreiben reagiert.